

Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 3 (1935-1936)
Heft: 12

Artikel: Betrachtungen zur schweizerischen Gegenwart
Autor: Gagliardi, E.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-759286>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Betrachtungen zur schweizerischen Gegenwart

von E. Gagliardi

Der zweite Band von Prof. Gagliardis vollständig neu bearbeiteter und erweiterter «Geschichte der Schweiz» wird seit langem mit Spannung erwartet. Wir freuen uns, unsern Lesern hier einige Fragmente aus den kritischen, von vaterländischen Sorgen eingegebenen Schlussbetrachtungen des zweiten Bandes darbieten zu können, der in diesem Frühjahr (Orell Füssli, Zürich) erscheinen wird.

Die Schweiz ist im Laufe des letzten halben Jahrhunderts noch viel ausgesprochener als früher zum Industriestaat geworden, der für ausländischen Bedarf arbeitet. Infolgedessen bezieht sie fremde Rohprodukte, ausländische Nahrungsmittel. Aus eigenem Körnerbau würde sie sich nur wenige Monate lang erhalten können. 22 % der Oberfläche bleiben wirtschaftlich unproduktiv. Bei weiteren Teilen lässt die Höhenlage bloß eingeschränkten Betrieb zu. Ergänzungen natürlicher Erwerbsmittel durch künstliche drängten sich darum immer stärker auf. Heute steht die Entwicklung an dem Punkte, daß Uhrmacher oder Sticker kaum 3—4 % ihrer Erzeugnisse dem eigenen Lande verkaufen können. Stellt sich dieses Verhältnis für andere Zweige nationaler Arbeit etwas günstiger, so könnten doch weder Bevölkerungszahl noch Wohlhabenheit auf dem Status bewahrt werden, den generationenlange Anstrengung erreichte, ohne jene Verflechtung in die Weltwirtschaft, die gegenwärtig so starken Hemmungen unterliegt.

Zunächst schienen alle Voraussetzungen erfolgreicher Industrialisierung freilich zu fehlen. Mangelten indes Metallreichtümer oder Kohle, so war der Mensch dafür vorhanden: mit seiner Arbeitskraft und Zähigkeit — nüchtern alle Aussichten abwägend — durch hohe Schulbildung instand gesetzt, modernen Anforderungen zu entsprechen. Änderungen der Technik verschoben außerdem die ursprüngliche Kargheit primärer Bedingungen; denn steigende Wichtig-

keit der Elektrizität verlieh den ungeheuer zahlreichen Wasserkräften einen Wert, den noch die vorausgehende Generation nicht ahnte. Jene Tüchtigkeit der Unternehmer, ihrer gut ausgebildeten Helfer zeigte sich als entscheidend. Selbst *ungünstiger* Faktoren vermochten sie Herr zu werden. Davon ganz abgesehen, daß hochentwickeltes Bank- und Versicherungswesen seine Fäden über den Erdkreis hin spann. Gerade *hier* können die Früchte sorgfältiger Fachleistung, zuverlässigen Berechnens indes nur reifen, wenn der Allgemeinhabitus der Beschäftigten auf solcher Höhe bleibt, wie sie für das Alpenland möglich wurde, weil es sein spärliches Vermögen nicht in außenpolitischen Abenteuern verschleuderte!

Gegenwärtige Abbautendenzen — durch die Weltkrise erzwungen — wird man darum sorgenvoll betrachten. Sinkt die persönliche Qualität schlecht bezahlter Kantonsregierungen, wird das Niveau politisch entscheidender Magistrate oder Parlamente mittelmäßig, so ist der Vorzug höherer Qualitätsleistung bald heruntergewirtschaftet. Von den maßgebenden Stellen pflanzt sich das Sinken unheimlich rasch in die Breite: desto unvermeidlicher, weil Unterschiedslosigkeit vor dem *Gesetze* nur allzuleicht verwechselt wird mit Gleichmacherei im *Geistigen*. Offene oder geheime Nivellierungstendenzen bei Staat und Schule gewinnen verhängnisvoll schnell die Oberhand. Eine Universität beispielsweise kann innerhalb weniger Jahre um ihre tiefere Lebensberechtigung gebracht werden: um das Wertvollste, was sie der Allgemeinheit vermittelt. Will die Demokratie ein Kulturfaktor bleiben, so muß sie angesichts stets drohender Gefahren zwar mancherlei umstellen. Gerade das Bevorzugen der Mediokrität stellt ihren Weiterbestand jedoch völlig sicher in Frage. Die Heranbildung überlegener Eliten bildet darum die wichtigste Lebensbedingung einer Gemeinschaft — ohne daß *gesellschaftliche* Exklusivität damit verbunden zu sein braucht. Wenn die Aufklärung mancherlei schwer zu Entbehrendes bei dem Volks- wie in den Menschheitsgrundlagen zerstörte, so schuf sie anderseits Wertmaßstäbe, die selbst heute noch gelten.

Abstumpfung, Herunterschrauben der Ansprüche, Aufheben mühsam erkämpfter Differenzierung können die Staatskrise höchstens beschleunigen, die wegen zahlreicher Ausartungserscheinungen oben wie unten gelegentlich zuckt: fernem Wetterleuchten vergleichbar. Unentschlossenheit der obersten Behörde, widerspruchsvolle Forderungen Regierter, Egoismus einzelner Interessen- oder Berufsschich-

ten, Unfähigkeit, neuen Bedürfnissen sich anzupassen, wecken manchmal geradezu die Erinnerung an den verhängnisschweren Zeitraum vor 1798. Ob die Volkssolidarität außenpolitischer Erprobung standhalten könnte, erscheint keineswegs völlig ausgemacht. Das aber steht unverrückbar fest: materielle Tatsachen bringen niemals den letzten Entscheid. Glauben, Wissen, künstlerisches Schaffen, ethische Überzeugungen müssen den tragenden Grund liefern für nationales wie für internationales Verbundensein. Echtheit, Tiefe der Impulse, Originalität maßgebender Persönlichkeiten, intellektueller wie moralischer Besitzstand bestimmen des Landes äußeres und inneres Schicksal. Charaktervorteile geben den Ausschlag. Nur wirkliche Bildung im höchsten Sinne des Wortes liefert dem Staate die Führer, deren er angesichts fundamentaler Daseinsentschlüsse bedarf.

Auch die Sperrung der Grenzen für jede Einwanderung wird sich auf die Dauer nicht als heilsam erweisen. Blutauffrischung spielte während aller Jahrhunderte eine wichtige Rolle: für das Mittelalter wie in der Neuzeit. Durch hermetische Abgeschlossenheit läuft die Schweiz Gefahr, jenen vortrefflichen Handwerkerstand zu verlieren, der früher meist aus der Fremde stammte. Denn ausgebildete Lehrlinge überschritten einst zu Tausenden die Grenze, um oft dauernd zu bleiben. Hohe Kosten wurden hiedurch erspart. Ganz abgesehen von jener unschätzbareren Bereicherung, die aus der Ansiedlung großer Geister, fester Charaktere sich ergab, denen die Eidgenossenschaft eine Wahlheimat wurde. Möge Besserung der Wirtschaftslage, vor allem Rückgang der Arbeitslosigkeit bald wieder freiere Auffassungen gestatten. Zunftzwang, Beschränkung der Freizügigkeit sogar für Landesangehörige, Stickluft, unerträgliche Selbstzufriedenheit drohen sonst samt allen Folgen.

*

Überwand die radikale Forderung politischer Gleichheit während der Dreißiger- oder Vierzigerjahre des 19. Jahrhunderts jene aristokratischen Bildungselemente, die innerhalb einstiger Stadtstaaten zur Zeit der Restauration neuerdings vorwogen, so geriet das numerisch weit überlegene Bauerntum jetzt ins Schlepptau moderner Entwicklung. Früher handelte es sich um schmale Oberschichten der Geburt, des Standes, oder um Zunftherrschaften — bei tat-

sächlicher Privilegierung einzelner Familien, samt deren Anhänger von Pfarrern, Ärzten oder Gelehrten. Nun aber drückte Überlegenheit mobilen Besitzes auf die Landschaft. Zwar begannen ihre Einwohner Initiative und Referendum zu handhaben — als Mittel, welche die politische Einzelführung ersetzten, sie kontrollierten oder berichtigten. Auch fehlte es nicht an einflußreichem Patriziate, das dem Auflösungsprozesse des städtischen entging — ebensowenig an sozialer Interessenvertretung.

Die Gesamtbedingungen für den Ackerbau wurden jedoch stets ungünstiger. Selbst der politische Sieg über manchesterliches Unternehmertum — durch die demokratische Bewegung der Sechzigerjahre — hielt jenen langsamem Rückgang nicht mehr auf. Manufakturen, Handel, Verkehr, breit ausladende öffentliche Verwaltung ließen eine städtisch orientierte Schicht entstehen, die wegen ihrer Berufstüchtigkeit immer fühlbarer vorwog. Wenn der historische Gegensatz zwischen Bürger und Bauern im kleinen Handwerk wieder auflebte; wenn Arbeit gegen Kapital sich wandte, so wurden dessen Träger doch weder durch blutige Revolutionen ausgemordet oder mittels Konfiskation um ihren Besitz gebracht, infolge Währungszerfall oder Expropriationen. Die wirtschaftliche Änderung des Zeitalters kam besonders ihnen zugut. Soziale, ökonomische Anpassungen wahrten ihre Vorzugsstellung innerhalb des von neuzeitlicher Wandlung heftig ergriffenen Systems, das gleichzeitig mit der Weltkonjunktur eng verbunden blieb.

Wohl trat munizipale Aristokratie im staatlichen Leben stark zurück. Auch verzichtete sie fast freiwillig auf einstige Führerleistungen. Seit Abschaffung der Fremdendienste verlor sie ferner jenen internationalen Rückhalt, der sie aus dem Volksganzen früher wirkungsvoll herau hob. Manch kultivierte Daseinsform verkümmerte hiebei, daneben viel geistige Verfeinerung. Absterbendes wurde jedoch durch andere Möglichkeiten ersetzt. Zwar wog selbstbewußte Robustheit seither vor. Jede Schweizerstadt, sogar die größte, behielt in ihrem äußeren Anblick — nach den Worten eines früher in Basel lehrenden Nationalökonom — etwas von einer Sommerfrische. Nirgendwo wurde das Grauen endloser Steinwüsten wahrhaft empfunden. Freilich war munizipale Kultur keineswegs besonders breit gelagert. Basel, Genf erscheinen als deren Hauptvertreter — vermöge ihrer territorialen Beschränkung. Selbst hier aber drängten unvollständig assimilierte Elemente in den einst-

mals strenger umhegten Kreis. Für die Rheinstadt brachten die Wirren der Dreißigerjahre, nebst vorübergehender finanzieller Schwächung, Entlastung von allerlei Wesensfremdem. Zunehmende Änderungen der Substanz waren jedoch selbst hier unmöglich zu erkennen.

Freizügigkeit, allgemeines Stimmrecht, Beseitigung der Zunftschranken überfluteten vielmehr alte Oberschichten fast unterschiedslos — daneben unorganisch rasches Wachstum der Gemeinden durch starkes Einwandern. Die Demokratie erwies sich somit als Feindin gesellschaftlicher Abstufung, kulturellen Differenzierens. Selbst die Städte wurden in gewissem Sinne rustifiziert. Nach dem Willen der Auswärtigen mußten sie ihre Mauern zwischen 1830—50 abtragen. Rings um deren ausgefüllte Gräben siedelten sich Familien ländlicher Herkunft an — so daß man von «Bauerntum in der Diaspora» gesprochen hat. Nur ausnahmsweise blieb es Gemeinwesen wie Basel oder Genf vergönnt, den ursprünglichen Charakter einigermaßen zu wahren, Zuziehenden den eigenen Stempel aufzudrücken, bis in die unteren Schichten hinab. Anderswo schwoll die Masse viel zu beträchtlich für wirkliche Assimilation seitens älterer Geschlechter. Vielmehr fanden sich diese beinahe verdrängt. Sinken der Kultur, Vorwiegen horizontlosen Kleinbürgertums, Verwischen bodenständiger Überlieferung wurden die Folge.

Verwässerte sich somit altes Zivilisationsgut; büßten beide Einwohnerschichten manch wichtige Kennzeichen ein, so wuchs gleichzeitig der Gegensatz zwischen Produzierenden und Konsumenten. Der Städter sucht die Natur ja nicht bloß seinen eigenen Bedürfnissen zu unterwerfen. Indem er sie umbildet, verzehrt er in gewissem Sinne sich selber; denn er beutet Kräfte aus, deren Erzeugnisse die Voraussetzung munizipalen Daseins darstellen. Weltoffen, selbst international eingestellt, führt er das Land zwar. Zahlenmäßig bildet er jedoch selbst heute eine Minderheit. Erscheint dies städtische Element zwar unvergleichlich viel breiter gelagert als früher, so fehlt ihm doch oft die innere Sicherheit. Spekulationen, Skepsis stören den gesunden Instinkt. Zersetzende Einflüsse der Fremde kommen zur Geltung. Bei der bunten Zusammensetzung solcher Bevölkerung aus ganz heterogenen Elementen finden selbst absurd e Theorien einen gewissen Anhang. Lehnten sich die Patriziate früher an absolutistische Höfe, so fehlt den Nachfolgern jedes einheitliche Credo. Auch die Konfessionen verloren ihre festigende Kraft. Die durch Bauerngemeinden erkämpfte Demokratie setzte sich seit 1830 zwar abermals

durch. Für kostbare Errungenschaften ehemaliger Aristokratien vermag sie indes bloß ungenügenden Ersatz bieten.

Wohl erscheint heutzutage keine nach Geburt oder nach Überlieferung gesicherte Elitebildung mehr als möglich. Dafür stellt sich für Wissenschaften, Literatur und Kunst die Aufgabe desto dringender, zu ersetzen, was Standeszugehörigkeit, was feste Tradition oder ungeschriebenes Herkommen vordem leisteten: Auslese Tauglicher, Mehrung, Sicherung ihres menschlichen Gehalts. Alle Wünsche nach Wiederkehr früherer Ausschließlichkeit beruhen auf Illusionen. Nicht einstige Formen gilt es zu erneuern, sondern anderswie zu schaffen, was durch deren Untergang einst wegfiel. Hohes Maß allgemeiner Urteilsfähigkeit ist eine Grundbedingung gesunder Volkherrschaft — entgegen demagogischen oder sonst auflösenden Tendenzen. Fehlt es an elitefeindlichen Instinkten niemals: an Widerständen gegen jede Art Sublimierung, so muß man sich englischer Zustände erinnern, die Altes mit Neuem, Demokratisches mit gesellschaftlich Erlesenen verschmelzen. Nur wechselseitige Ergänzung ermöglicht jenes Gestaltphänomen, das noch keinerlei stärkeres Abbröckeln erfuhr. Dringt etatistischere Staatsauffassung unaufhaltsam durch, unter radikalem wie sozialistischem Einflusse, so erscheinen politikfreie Sphären doppelt wichtig.

*

Für viele Dinge befindet sich der Bund in einem Übergangsstadium. Langsames Erstarken des Kulturbewußtseins während der letzten Dezennien läßt sich schwer bestreiten. Tagesproduktion wie Publikumsgeschmack muten indes oft richtungslos an. Überragende Phänomene mögen außerdem noch seltener geworden sein als früher. Das Bedürfnis weiterer Kreise wuchs aber jedenfalls, tiefere Befriedigung nicht bloß im Rahmen materieller Erfolge zu suchen. Dieses Land kleiner Abgrenzungen, erschwerter Daseinsmöglichkeiten entwickelte sich auf breiterer Grundlage als früher zur Heimat geistiger Bestrebungen. Dabei wurde die ursprüngliche Schlichtheit so wenig verleugnet wie Zähigkeit und bäuerliche Rechthaberei, Naturverbundenheit, Freiheits- oder Unabhängigkeitsgefühl, Abneigung gegen Experimente.

Gelegentlich erscheinen die Bewohner als «die rückständigste, konservativste, eigensinnigste, selbstgerechte und borstigste

aller europäischen Nationen». Ihr ausgesprochener Wirklichkeits-sinn erzeugt vorwiegend praktische Anlagen: Realismus, sparsames Zuratehalten der Mittel, Vernünftigkeit. Schweizer Philosophie endet meist als Psychologie oder Pädagogik. Mathematisches Be-mühen wird zur Technik. Praktische Volkswirtschaftslehre über-wiegt bei weitem die theoretische. Am Ausbau der sozialisti-schen Lehre blieb die Eidgenossenschaft fast unbeteiligt. Ebenso geht alle Metaphysik beinahe leer aus. Zwinglis organisatorisches oder politisches Handeln übertrifft seine Dogmatik.

«L'esprit joue peu de rôle en Suisse», erklärte Gobineau 1850. Selbstregierung, Selbstverwaltung bilden vielmehr das Dauerstreben, das Jahrhunderte erfüllt. Doktrinäre Unduldsamkeit, wie sie 1847 siegte, trat längst zurück hinter nüchterner Neigung zu Kompro-missen. Initiative, Referendum erzogen strenge Sachlichkeit. Hingabe an zügellose Rhetorik erscheint fast ausgeschlossen. Dafür wurde mit Freiheit Ernst gemacht: mit Humanität, mit staatlicher Gleichheit. Sprach- oder Rassenfanatismen prallten an der ungeheuren Volks-mehrheit wirkungslos ab. Achtung vor den Rechten anderer kenn-zeichnet die Einstellung des Durchschnitts. Gemeinsamkeit mancher Grundsätze, zahlreicher Einsichten lässt sich kaum mehr bestreiten. Stellen doch auch die ethnischen Minderheiten eine Synthese sehr verschiedenartiger Bestandteile dar; denn der Mischungsprozeß kann im einzelnen kaum mehr verfolgt werden.

Historisches Schicksal überwiegt also fast die Naturvoraus-setzungen; Kelten, Römer, Germanen bilden bloß die wichtigsten Elemente der Legierung. Die Neuzeit brachte vollends un-übersehbare Änderungen. Zuwandern nach den Städten bringt Ent-völkerung nicht allein der Gebirgstaler, sondern selbst weiter Gegen-den des Mittellandes. Von 3000 Gemeinden erlitten seit 1850 nicht weniger als 1300 Einwohnerverluste. Während vor achtzig Jahren bloß 370 000 Menschen in größeren Agglomerationen lebten, sind es heut anderthalb Millionen — statt 15 % der Gesamtbevölkerung deren 36. Zwischen 1900 und 1930 stieg die Zahl derjenigen Schwei-zer, die in fremden Kantonen leben, von 600 000 fast auf das Dop-pelte. Häufiges Umherziehen, d. h. Entwurzelung, gehört also zu den Kennzeichen modernen Lebens. Trub im Emmental zählt beispiels-weise 1300 Bürger unter 2000 Bewohnern. Nicht weniger als 23 000 weitere finden sich über das ganze Land zerstreut. Von 4000 in

St. Moritz Niedergelassenen aber erscheinen etwa 100 dort beheimatet!¹

Konfessionelle Mischung entspricht derjenigen des Ursprungs. Während der Kanton Zürich um 1870 6 % Katholiken aufwies, sind es heute 23. Luzerns Protestanten wuchsen von 3 % auf 13. Weit bedenklicher als solche Amalgamierung früher gesonderter Elemente erscheint jedoch die Niederlage des Kleingewerbes gegenüber mittleren oder großen Konkurrenten. Geht die Landwirtschaft, besonders seit 1910, numerisch zurück, so verliert sie außerdem zusehends ihre ökonomische Selbständigkeit. Nicht bloß verschwanden 20 000 Betriebe während eines Vierteljahrhunderts. Überall schreitet das Pachtsystem vor — gerade so wie bei Handel und Industrie der Einzelbesitzer zurückweicht vor Konzentration im grossen. Kapitalistischer Zusammenschluß scheidet die Schwachen aus, um Starke hiedurch stets mächtiger werden zu lassen.

Fortschreitende Mechanisierung wird die Folge. Auch hier gehen Kleine fortwährend zugrunde. Während die Zahl der industriell oder gewerblich Beschäftigten zwischen 1905 und 1929 um 170 000 wuchs — besonders bei der Maschinenherstellung, in chemischer Fabrikation usw. — steigerte sich gleichzeitig die Verwendung motorischer Kraft zu staunenswerter Vervollkommenung des Produktionsapparats. 22 000 Alleinbetriebe räumten in 25 Jahren dafür den Platz gegenüber leistungsfähigerer Konkurrenz. Solche, die durch zwei bis fünf Personen geführt werden, nahmen um 4 % ab. Die höheren Größenklassen zeigen dafür ein Anschwellen zwischen 25 und 40 %. Der Handel weist das gleiche Bild auf. Die Zahl der Grossunternehmungen versechsachte sich zwischen 1905 und 1929. Ihr Personal erscheint achtmal grösser als früher.

Solche sozialen Umschichtungen bringen wachsende Unselbständigkeit. Binnen zwei Dezennien stieg die Zahl der Angestellten, Arbeiter, Lehrlinge um 150 000; die Unabhängigen nahmen um 20 000 ab. Während 1910 auf 10 Selbständige 36 Unselbständige kamen, waren es ihrer 1930 48. Dabei wächst die Bureaubeschäftigung stärker als das Manuelle: von 19 auf 30 pro 100 Arbeiter im selben Zeitraum. Durch Vermehrung der Aktiengesellschaften verliert die Tätigkeit überdies

¹ Vgl. außer dem Statischen Jahrbuch von 1934 C. Brüschweiler: «Strukturverwandlungen der schweizer. Bevölkerung u. Wirtschaft» («Zeitschrift f. schweizer. Statistik u. Volkswirtschaft» 1934).

ihren persönlichen Charakter menschlicher Verbundenheit. Abstraktionen beherrschen das Dasein. Schon dieser eine Umstand macht durchgebildetes Schulwesen unentbehrlich. Für die innere Befriedigung allseitig ausgewogener Existenz bringt allerdings derartige Einordnung in sachlich bestimmte, schwer überschaubare Zusammenhänge keineswegs bedeutungslose Gefahren. Starker Rückgang der Sterblichkeit — wegen besserer ärztlicher Vorsorge, infolge leistungsfähiger Hygiene — verursacht zwar, wie anderswo, überraschende Lebensverlängerung. Damit verschieben sich jedoch die Altersklassen — angesichts eines ausgeprägten Geburtenrückgangs: Stauung innerhalb der höheren Schichten entsteht — Schwierigkeit für junge Leute, lohnende, selbst nur ausreichende Betätigung zu finden. Ganz abgesehen von ihrem Einfluß innerhalb des Staates, der schon durch das Volkswahlprinzip vorgerücktere Lebensstufen begünstigt.

Bureaucratierung wirkt in der selben Linie des Vergreisens. Auch hier handelt es sich um schwer abzustoppende Entwicklungen. Die Tendenz, eine zentrale Beamtenchaft stark anschwellen, bloß mangelhaft kontrolliert schalten zu lassen, entsteht bei Zersplitterung der Sonderinteressen von selber: angesichts von Nöten des individuellen Erwerbslebens. Routine beginnt eine verhängnisvolle Rolle zu spielen. Jene unbeschränkten Vollmachten, welche die Kammern dem Bundesrat beim Ausbruch des Weltkrieges 1914 übertrugen, wurden erst lang nach Friedensschluß abgebaut. Bereits aber verlangt man neue — ohne daß ersichtlich wäre: die oberste Behörde verfolge überhaupt einen klaren Kurs. Über die auf dringlichen Bundesbeschlüssen ruhende Wirtschaftspolitik vollends, mit ihrer stets fühlbarer werdenden Einschränkung von Handels- und Gewerbefreiheit, erscheinen die verschiedensten Urteile als möglich. Besonders da Dringlichkeitsklauseln viel zu häufig angewendet wurden, um die Entscheidungen der Räte dem fakultativen Referendum zu entziehen, d.h. der Volksabstimmung. Unter Hinweis auf die außerordentliche Zeitlage, auf den vorläufigen Charakter solcher Änderungen schalten Parlament wie Exekutive oft vollkommen autokratisch. Kein Wunder, wenn tiefe Entfremdung zwischen «Untertanen» und Regierung Platz greift, als die vielleicht bedrohlichste Tatsache der Gegenwart.

Weit verbreitetes Mißbehagen ist die natürliche Folge derartiger Fehlgriffe — um so ausgeprägter, als ökonomisches Gedeihen längst schwerer Krisis Platz machte. Die Jahre 1923—1931 waren vielfach

noch eine Periode erstaunlich guten Geschäftsganges. Nicht einmal die 1929 einsetzende Erschütterung amerikanischer Wirtschaft schien sich für dies glücklich ausgewogene Gebilde im Mittelpunkte des alten Kontinents zerstörend auszuwirken — so bedenklich der Verfallsprozeß ringsum wütete. Jener Internationalismus, der dem eidgenössischen Staat eigentlich erscheint — die Abwesenheit nationalistischer Verhetzung, das Fehlen irgendwelcher Eroberungspläne — begünstigten die Erweiterung des Aktionskreises, das Gewinnen neuer Absatzmöglichkeiten. Trotz hoher Herstellungskosten — obschon die Lebenshaltung weit weniger sich drücken läßt als anderswo — schienen alle Bedingungen weiteren Aufschwunges gegeben. Großkapitalistische Möglichkeiten wie nie zuvor traten in Sicht, mit wahren Weltverbindungen: angesichts europäischen Elendes doppelt erstaunlich. Nicht bloß hieb- und stichfest blieb der Gesamtorganismus — zahlreiche Einzelfälle ausgenommen. Kaum in einem andern Land erfreute sich der Durchschnittsbürger derart auskömmlicher Wohlhabenheit; denn geringfügige Arbeitslosenzahlen schienen Gesundheit, Krisenfestigkeit zu sichern.

Magere Jahre folgen den sieben fetten. Empfindliche Einengung des Lebensraums wird selbst im täglichen Dasein fühlbar. Der Sturz des englischen Pfundes, 1931, änderte die Verkaufsbedingungen schweizerischen Exports über den ganzen Erdkreis hin. Andere Staaten folgten. Wachsende Zolleinschließung stimmte die Aussichten vollends herunter. Arbeitet das Ausland mit selbstmörderischer Energie auf Autarkie hin: d. h. auf Fernhalten fremder Erzeugnisse, so läuft das dem *Daseins gesetze* der Eidgenossenschaft zu wider. Denn dieses beruht auf internationalem Verkehr — auf zweckmäßiger Produktionsverteilung. Gleichzeitig gingen riesige Geldbeträge infolge fremder Geschäftszusammenbrüche oder Währungskatastrophen verloren, oder sie froren ein — da eine Art anarchischen Notrechts seitens auswärtiger Regierungen stets rücksichtsloser gehandhabt ward: unter Beseitigung übernommener Pflichten. Ebenso wenig hatte sich die für das Gebirgsland wichtige Fremdenindustrie von den Schlägen der Kriegszeit genügend erholt.

Die Folge ward schwere Erschütterung aller Ausfuhrindustrien — rasches Anschwellen der Arbeitslosigkeit: über den Stand von 1922 hinaus — Absatzstockung, mit geringen Ausnahmen. Durch enorme Aufwendungen der Sozialfürsorge gerieten nicht bloß Staats- oder Gemeindebudgets in Unordnung. Dasjenige der Eidgenossenschaft ver-

schlimmerte sich unheimlich. Verkehrsrückgang rief wachsenden Fehlbeträgen der Bundesbahnen, die sich — gleich der gesamten Volkswirtschaft — nur für gute Zeiten eingerichtet hatten. Obschon ihre zu teure Organisation schon 1923 vereinfacht worden war — drei Kreise, statt der aus politischen Rücksichten 1898 geschaffenen fünf — wurde die Lage stets schlechter. Infolge rasch durchgeföhrter kostspieliger Verbesserungen war während der letzten anderthalb Dezennien jene verhängnisvolle Überkapitalisierung entstanden, die jeden Kilometer heute mit einer Million Schulden belastet. Die kaufmännische Dinge oft recht langsam begreifende Generaldirektion sucht zwar seit Jahren Ersparnisse zu bewirken. Da der Staat dem Unternehmen während der Kriegszeit jedoch Hunderte von Millionen aufbürdete, die er selber hätte bestreiten sollen, bleibt dies bei fortgesetztem Wirtschaftsschwunde recht erfolglos — um so mehr, als das Automobil selbst die für das Schlußergebnis entscheidenden Einnahmen aus dem Frachtverkehr bedenklich schmälert.

Weil die Schulden der Bundesbahnen aber solche der Gesamt-
schweiz darstellen, vermehrt derartige schwer zu berechnende Perspektive die Ungewißheiten des Augenblicks. Offenkundig ist man hier wie bei so viel anderm vor den letzten Möglichkeiten angekommen. Wurden 1934 doch nicht weniger als 211 Millionen Subvention ausbezahlt — ohne daß man die erstrebten Zwecke immer erreichte. Wenn die Eidgenossenschaft zwischen 1914—34 über eine Milliarde für unumgängliche Hilfsaktionen verwendete, so betragen auch ihre Verpflichtungen — ohne die Bahnen — fast zwei Milliarden. Bei stark geschränktem Einkommen, wegen der Krise, werden solche Burden immer bedenklicher. Überdimensionierung des Produktionsapparats wie der Verwaltung sind augenscheinlich — so daß man selbst von Übervölkerung reden muß. Kein Wunder, wenn Angriffe auf die Währung keineswegs von vornherein aussichtslos erscheinen — obwohl die Golddeckung der Nationalbank zur Verteidigung voll ausreicht. Senken der Herstellungskosten, Zurückführung des finanziellen Gleichgewichts für Bund wie Kantone ist deshalb dringend nötig — um so mehr, als das Bankwesen schwere Verluste erlitt, das in den Jahren der Prosperität mächtig angeschwollen war. Sogar der Hypothekarkredit wurde unsicher! Niemand weiß, wie lang solche Verhältnisse andauern werden, die letzten Endes eine große Umwälzung darstellen — und ob sie nicht noch ins Schlimmere sich ändern.

Zu den wirtschaftlichen Beängstigungen kommt die Unruhe wegen viel zu häufigen Verlassens der festen Rechtsordnung. Da jede Verfassungsgerichtsbarkeit im Bunde fehlt — obwohl sie häufig gefordert wurde — erscheinen weder die Gesamtheit noch der einzelne vor Übergriffen der Räte oder obersten Behörden geschützt. Nicht bloß griff die Eidgenossenschaft durch Vollmachten oder Notverordnungen oft weit in kantonale Befugnisse hinüber. Die «dringlichen Beschlüsse» — zu denen man unter dem Einflusse der Partei- oder Verbandspolitik stets häufiger griff — verletzten das Grundgesetz so ungescheut, daß schlimme Folgen kaum ausbleiben konnten — mochte die Not der Zeit hie und da es tatsächlich ausschließen, solche Vorschriften dem Souverän zu unterbreiten oder die Referendumsfrist abzuwarten. Mehr als einmal fürchtete man ganz einfach Verwerfung. — d. h. das Parlament handelte dem Volkswillen bewußt zuwider. Auch für die Schweiz erscheint der Rechtsstaat hiedurch untergraben. Kammerdiktatur ersetzt jene demokratisch-föderativen Einrichtungen, um die begründetermaßen einst hart gekämpft wurde. Ein fester Damm wider derartige Gelüste erscheint nötig — mögen dem Bundesgerichte hiedurch auch politische Funktionen zugemutet werden. Es würde den Untergang kostbarer Errungenschaften bedeuten — ja eine schwere Staatserschütterung, gleich derjenigen von 1798 — falls es gelänge, entgegen der öffentlichen Meinung interessenpolitische Ziele zu verwirklichen! Statt Montesquieus «séparation des pouvoirs» herrscht im Bundesrechte oft die «confusion» vor.

Allgemeine Desorientierung chaotischer Gegenwart verstärkt jene Ratlosigkeit, die aus den Diktaturen der Umgebung, aus anti-demokratischer Propaganda, aus Überspitzungen des heimischen Systems selber sich ergibt: eine Vertrauenskrise, die vielleicht das bedrohlichste Phänomen der Gegenwart darstellt. Schien es 1933 doch, als ob die Eidgenossenschaft aus einem Gemeinwesen mit wahrhaft modernen Einrichtungen wie Grundsätzen eines der antiquiertesten, schwerfälligsten, stagnierendsten geworden sei! Von allen Seiten her wurden ihr Erneuerungsrezepte angeboten.

Mancherlei Illusionen über die zu befolgenden Vorbilder verflogen zwar später. Vielleicht ist es aber doch nicht unnötig, die Sonderbedingungen gerade der Schweiz zu betonen. Denn ihre vollständige Einheit — die 1798—1802 einzig durch tyrannisch-bureaucratischen Druck ganz äußerlich bewirkt wurde — vermochte nicht einmal das moderne Leben zu schaffen, trotz aller Nivellierung. Tief-

greifende Unterschiede der Stämme, Konfessionen, Sprachen, des Gebirges wie der Ebene bestehen ungeachtet aller Freizügigkeit weiter. Zentralistische Systeme würden angesichts gewaltiger Naturtatsachen gegen Felswände rennen. Um eines Phantoms willen müßte man die Wirklichkeit verleugnen. Leben doch jene Einzelbestandteile fort, aus denen der Bund sich heute zusammensetzt. Selten stoßen auf so geringem Raume derart starke Verschiedenheit zusammen: so unüberbrückbare Gegensätze, so tiefgehende Wesensunterschiede.

Jede Besserung wird also vom Bestehenden ausgehen. Sie muß anknüpfen an Vorhandenes, nur die Politik von Doktrinären, Dilettanten oder Neulingen bleibt geschichtslos. Es ist der Grundirrtum der Rationalisten, zu glauben: die Welt beginne neu mit ihnen.¹ Die Zukunftssteuerung des Landes läßt sich nur aus der Vergangenheit ablesen, sofern sie nicht abenteuerliche Richtung einschlagen will.

¹ Max Huber: «Grundlagen nationaler Erneuerung» (Zürich 1934), S. 13. Die Politik der Urkantone in der Vorbereitung und Erweiterung der ersten Bünde, bis zum Ende des 15. Jahrhunderts ist ein Ergebnis «solch traditioneller Politik und kontrastiert scharf zu der schwankenden Haltung der Wahlkönige und Städte. Die Tradition hebt den Politiker und selbst den Staatsmann über sich hinaus. In ihr kommt die Erfahrung der Volksgemeinschaft zum Ausdruck» (S. 18). Die Schweiz ist denn auch der einzige der im Mittelalter so zahlreichen Bünde, der sich bis zur Gegenwart erhielt. Abgesehen von Ungarn lassen nur drei Gebäude heute noch deutlich den gotischen, den mittelalterlichen Stil erkennen: England, Schweden und die Eidgenossenschaft. Sie haben nie aufgehört, dem gesamten Volk, Städten und Landbewohnern, einen Platz im Staatsorganismus zu geben (S. 21). Die Schweiz allein von allen europäischen Staaten, die parlamentarische Einrichtungen besitzen, ist gegen die Abhängigkeit der Regierungen von Parlamentsmehrheiten immun geblieben. Ein Wechsel des Systems bedeutet unter solchen Umständen eine viel ernstere, in ihren Auswirkungen viel schwerer zu übersehende Angelegenheit, als wenn in einem häufigen Wandel unterworfenen Gebilde eine neue Staats- und Regierungsform eingeführt wird (S. 23). Die übliche Überbetonung des Neuen in der eidgenössischen Demokratie des 19. Jahrhunderts verdunkelt zu oft die Einsicht für das Besondere und Bodenständige schweizerischer Institutionen — obschon die politische Umgestaltung tief griff, die mit der Helvetik begann (S. 32).